

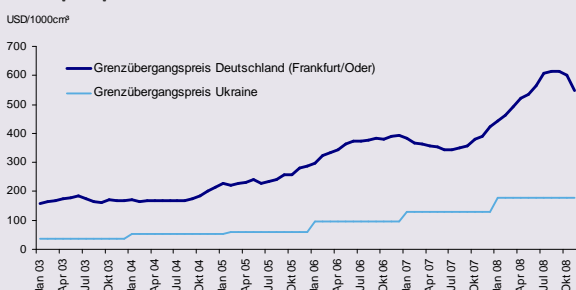
Ukrainisch-Russische Gasverhandlungen: Droht eine Neuauflage des Konflikts von 2005/2006?

Zum Jahresende befindet sich die Ukraine erneut in Verhandlungen über Gasimporte aus Russland. Trotz drastischer Erhöhungen in den letzten Jahren liegt der ukrainische Bezugspreis immer noch deutlich unter dem regionalen Vergleichsniveau. Ein weiterer Anstieg steht daher außer Frage. Allerdings ist die wirtschaftliche Anpassung an höhere Gaspreise bisher nur teilweise vollzogen worden. Während die Industrie die vollen Preiserhöhungen zu tragen hatte, wurden Anpassungen für private Haushalte und kommunale Versorgungsbetriebe systematisch verschleppt, wodurch die staatliche Holding Naftogaz in eine finanzielle Notlage geraten ist. Seit September 2008 ist die Ukraine erneut mit Zahlungen in Verzug, was die laufenden Verhandlungen erheblich erschwert. Der weitere Verhandlungsverlauf ist daher offen; ein erneuter Stopp russischer Gaslieferungen in die Ukraine mit Nachwirkungen für Westeuropa kann gegenwärtig nicht ausgeschlossen werden.

Deutliche Erhöhung der Gaspreise seit 2005

Im Dezember 2005 ist der letzte mehrjährige Rahmenvertrag zwischen der Ukraine und ihrem wichtigsten Gaslieferanten Gazprom ausgelaufen. Seither wurde der Importpreis für Gas regelmäßig angehoben. Grundsätzlich liegt er aber immer noch deutlich unter dem Preisniveau großer EU Märkte wie z.B. Deutschland, auch wenn man den Transportkostenunterschied von etwa 50 US-Dollar/1000m³ berücksichtigt (siehe Abbildung). Die Forderung Russlands nach höheren Preisen erscheint daher grundsätzlich nachvollziehbar.

Gasimportpreise in der Ukraine und in Deutschland



Quelle: Energate, eigene Berechnungen

Die Bedeutung von Gas für die Ukraine

Für die ukrainische Volkswirtschaft ist Gas mit einem Anteil von knapp 50% des Primärenergieverbrauchs der wichtigste Brennstoff. Größter Gasverbraucher ist die Industrie (36%), insbesondere Stahl und

Mineraldünger. Weitere wichtige Verbraucher sind private Haushalte (27%), kommunale Heizwerke (15%) sowie Stromkraftwerke (12%).

Auswirkung höherer Gaspreise auf die Industrie

Da insgesamt etwa zwei Drittel des Gasverbrauchs durch Importe gedeckt werden, hatten die Preiserhöhungen seit 2005 erhebliche Auswirkungen. Insbesondere wurden die erhöhten Bezugskosten vollständig an den Großmarkt weitergegeben, was deutlich zu Lasten der Industrie ging und auch zu höheren Kosten der Stromerzeugung geführt hat. In der Folge wurde die Stahlindustrie mit höheren Kosten konfrontiert und der Modernisierungsdruck stieg deutlich an. In der chemischen Industrie haben die Preiserhöhungen Anfang 2008 sowie der Ausblick auf weitere Anstiege sogar die gesamte Produktionsstruktur verändert. So konzentriert sich die Herstellung von Mineraldüngern zunehmend auf die Produktion von Stickstoffdüngern, während das hierfür erforderliche Ammoniak kaum noch selbst hergestellt wird. Grundsätzlich gehen somit vom steigenden Kostendruck wichtige Impulse für die nachhaltige Modernisierung der Wirtschaft aus.

Stark subventionierte Gaspreise für die Bevölkerung

Während die Industrie die hohen Importpreise voll mit tragen muss, versucht die ukrainische Regierung die Preisanpassungen für Haushalte und kommunale Versorger soweit wie möglich zu verschleppen. Dies war bisher auch möglich, da der jährliche Bedarf der privaten Haushalte ziemlich genau durch im Inland gefördertes Gas gedeckt werden kann. Dabei sorgt eine restriktive Preisregulierung dafür, dass die gesamte Fördermenge der staatlichen Gesellschaften zu sehr niedrigen Preisen an die Gasholding Naftogaz abgegeben werden muss, die damit die privaten Haushalte versorgt. In der Konsequenz konnte so ein Preisniveau für private Verbraucher erhalten werden, das nur etwa ein Zehntel des durchschnittlichen Preisniveaus in der EU-27 beträgt. Diese Politik stoppt faktisch Investitionen in die inländische Gasförderung und verhindert so die Reduzierung der Importabhängigkeit.

Gaspreise und die kommunalen Versorger

Noch dramatischer fallen die Konsequenzen staatlicher Interventionen bei den kommunalen Fernwärmeversorgern aus. Da fast das gesamte Fernwärmeaufkommen der Ukraine durch Gas erzeugt wird und knapp die Hälfte davon durch private Haushalte konsumiert wird, ist der Staat auch

hier an niedrigen Preisen interessiert. Weil der Bedarf allerdings durch Importe gedeckt werden muss, ist Naftogaz angehalten, kommunale Versorger zu Vorzugspreisen unterhalb der eigentlichen Bezugskosten zu beliefern. Für die dabei entstehenden Verluste soll Naftogaz aus dem staatlichen Budget kompensiert werden. Allerdings ist dies in den vergangenen Jahren nur in unzureichendem Maße erfolgt, so dass sich die finanzielle Situation der Holding über die letzten Jahre dramatisch verschlechtert hat. Nach eigenen Schätzungen werden die Verluste für Naftogaz aus der Belieferung der kommunalen Versorger in 2008 fast 1 Mrd. US-Dollar betragen, insgesamt wird die Naftogaz Holding damit einen Verlust von etwa 0,5 Mrd. US-Dollar erzielen. Diese Einschätzung spiegelt sich auch auf dem Kapitalmarkt wider, wo Naftogaz-Anleihen deutlich unter par notieren. Eine Fremdfinanzierung von Investitionen ist daher zurzeit kaum möglich.

Die Ukraine als Gastransitland

Ein weiterer Aspekt in den ukrainisch-russischen Gasverhandlungen ist die Bedeutung der Ukraine als Transitland für russische Gasexporte in die EU. Trotz intensiver Bemühungen Russlands um alternative Pipelineanbindungen verlaufen derzeit etwa 80% der Exporte durch die Ukraine. Auch nach Inbetriebnahme aller derzeit diskutierten Alternativen, einschließlich der Nord und South Stream Verbindungen durch Ostsee und Schwarzes Meer, werden noch mehr als die Hälfte der russischen Exporte durch das ukrainische Transitsystem verlaufen. Folglich besteht eine gegenseitige Abhängigkeit, da der Ukraine als Ultima Ratio die Drohung bleibt, im Falle eines Lieferstopps auf das Transitgas zurückzugreifen.

Die Rolle des Zwischenhändlers RosUkrEnergo

Die Lieferungen an die Ukraine erfolgten bisher über RosUkrEnergo, einen Zwischenhändler der keinen ersichtlichen Mehrwert liefert. Vielmehr stellt er für die involvierten Entscheidungsträger ein Instrument zur persönlichen Bereicherung dar, denn die Ukraine zahlt den Zwischenhändler durch Abgabe von Gas, das dieser mit hohen Gewinnmargen in der EU verkaufen kann. Folgerichtig ist die Eigentümerstruktur von RosUkrEnergo auch nur teilweise bekannt. Bei den verbleibenden Anteilseignern kann davon ausgegangen werden, dass es sich um einflussreiche Akteure in Russland und der Ukraine handelt. Premierministerin Timoschenko ist verstärkt darum bemüht, RosUkrEnergo auszuschalten. Im März dieses Jahres ist dies zumindest formell auch gelungen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob dadurch die Rolle der Zwischenhändler allgemein reduziert werden kann, oder ob RosUkrEnergo nur durch ein anderes Unternehmen ersetzt wird.

Fazit

In den laufenden Gasverhandlungen geht es primär um die Vereinbarung eines neuen Lieferpreises für 2009 sowie um die Begleichung von Zahlungsrückständen, die seit September aufgelaufen sind und nach Aussage von Gazprom bis Ende Dezember etwa 3 Mrd. US-Dollar betragen werden. Beide Fragen sind schwierig zu lösen. Infolge der Ölpreisschwankungen haben sich auch die internationalen Gaspreise in kurzer Zeit stark verändert. In dieser Situation ist es schwer möglich, wie bisher einen Durchschnitt für ein gesamtes Kalenderjahr vorab zu schätzen. Bei gegenwärtig sinkenden Ölpreisen kann man davon ausgehen, dass eine Verhandlungslösung für Lieferpreise in 2009 zwischen 220 und 250 US-Dollar/1000m³ liegen dürfte. Noch größere Probleme bereiten die Zahlungsrückstände. Sowohl Naftogaz als auch der ukrainische Staat sind finanziell in großen Schwierigkeiten. Alternativ böte sich ein Verkauf bzw. Konzession des Transitsystems an, an dem Gazprom großes Interesse hat. Dem stehen allerdings fundamentale politische und rechtliche Widerstände in der Ukraine entgegen. Eine schnelle Lösung erscheint somit eher unwahrscheinlich. Vorsorglich bereitet Gazprom die EU-Kommission und die europäischen Regierungen bereits auf mögliche Lieferausfälle vor, da man befürchtet dass die Ukraine nach einem absehbaren Lieferstopp Anfang Januar auf für den Transit vorgesehene Lieferungen zurückgreifen wird. Grundsätzlich sind dies berechnete Befürchtungen. Positiv zu bewerten ist, dass bereits im Vorfeld des absehbaren Konflikts auf internationale Koordination gesetzt wird, um zu verhindern, dass ein erneuter russischer Lieferstopp an die Ukraine ähnliche Schockwellen in der EU auslöst wie dies Anfang 2006 der Fall war. Ob dies gelingen wird bleibt indes abzuwarten.

Autor: Dr. Ferdinand Pavel, pavel@ier.kiev.ua

Die Deutsche Beratergruppe

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme der Wirtschaftspolitik. Sie wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

Deutsche Beratergruppe
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@beratergruppe-ukraine.de
www.beratergruppe-ukraine.de